

Sozialgesetzbuch IX: SGB IX

Neumann / Pahlen / Greiner / Winkler / Westphal / Krohne

15. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-79269-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Beck'sche Kommentare zum Arbeitsrecht

Herausgegeben von Dirk Neumann

Band X



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Sozialgesetzbuch IX

Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Kommentar

bearbeitet von

Dr. Dirk Neumann

Vizepräsident des Bundesarbeitsgericht a. D.

Dr. Ronald Pahlen

Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht a. D.

Prof. Dr. Stefan Greiner

Universität Bonn

Prof. Dr. Jürgen Winkler

Katholische Hochschule Freiburg

Christine Krohne

Leitende Regierungsdirektorin

und

Dirk Westphal

Abteilungsleiter

15., neu bearbeitete Auflage 2024

des von Hermann Wilrodt und Otfried Gotzen begründeten
und ab 2. Auflage von den Verfassern fortgeführten Kommentars
zum Schwerbehindertengesetz, ab 10. Auflage zum SGB IX

C.H.BECK

Zitiervorschlag:

Neumann/Pahlen/Winkler/Greiner SGB IX § 1 Rn. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 79269 4

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen (Adresse wie Verlag)
Umschlag: Ralph Zimmermann – Bureau Parapuie


CO₂
neutral

chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 15. Auflage

Nach Erscheinen der 14. Auflage im Jahre 2020 wurde das SGB IX vor allem durch das Bundesteilhabegesetz, das Teilhabechancengesetz, das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, das Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes und das Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts geändert. Mittelbar wirkten sich ferner die Änderungen des Betreuungsrechts durch das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts auf das Recht der Rehabilitation und Teilhabe der Menschen mit Behinderungen aus. Außerdem wurde das SGB IX durch die Rechtsprechung fortentwickelt. Das BSG etwa erkannte einen Anspruch auf Finanzierung einer für eine Urlaubsreise erforderlichen Assistentkraft an, und das Sozialgericht Hannover ging bei einem Mann mit schweren Beeinträchtigungen von einem Anspruch gegen einen Träger der gesetzlichen Unfallversicherung auf Finanzierung von Sexualassistenten aus. Mit der 15. Aufl. wird der Kommentar auf den Gesetzesstand des 1.1.2024 gebracht. Auf sich noch im Gesetzgebungsverfahren befindliche und für den 1.1.2024 geplante Änderungen wird an den betroffenen Stellen hingewiesen.

Für den Kommentar konnten mit Frau Christine Krohne und Herrn Dirk Westphal zwei weitere hochkompetente Autoren gewonnen werden. Herr Jürgen Jabben, der an der 13. und 14. Auflage mitwirkte, ist leider verstorben. Nach Drucklegung der 15. Aufl. erschütterte Verlag und die Mitautoren die Nachricht vom Tod von Herrn Dr. Dirk Neumann. Hierdurch erfährt der Kommentar eine tiefe Zäsur. Dr. Dirk Neumann wirkte seit der 2. Auflage mehrere Jahrzehnte – damals noch zum Schwerbehindertengesetz – an dem Kommentar mit. Er war die tragende Kraft des Kommentars. Er arbeitete bis ins hohe Alter von 100 Jahren an dem Kommentar mit und setzte sich für diesen mit hohem Engagement ein. Verlag und Mitautoren bedauern den Tod von Herrn Dr. Neumann und von Herrn Jabben sehr.

Der Kommentar richtet sich sowohl an die „klassische“ Leserschaft von juristischen Kommentaren, also an Richter und Richterinnen, die Anwaltschaft und die Mitarbeitenden bei den Rehabilitationsträgern und sonstigen Behörden, die Berater und Beraterinnen der Wohlfahrtsverbände und sonstiger sozialer Beratungsstellen, als auch an die Menschen mit Behinderungen und die Studierenden. Dieser Leserschaft sollen juristisch verlässliche Informationen zu den Vorschriften des SGB IX an die Hand gegeben werden. Dies ist umso mehr erforderlich, als im Internet oftmals – interessengeleitet – unzutreffend über die Rechtslage informiert wird.

Oktober 2023

Die Autoren und Autorinnen



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIII

A. Einleitung: Behindertenschutz

1. Entwicklung	1
2. Nach dem 1. Weltkrieg	1
3. Nach dem 2. Weltkrieg	1
4. SGB IX 2001	2
5. SGB IX 2017/2023	3
6. Kosten	5
7. Geltungsbereich	6
8. Europarecht	7
9. UN-Vorschriften (UN-BRK)	8

B. Kommentar

1. Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch – SGB IX)

Synopse SGB IX	9
Teil 1. Regelungen für behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen	9
Kapitel 1. Allgemeine Regelungen	9
§ 1 Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft	9
§ 2 Begriffsbestimmungen	12
§ 3 Vorrang von Prävention	25
§ 4 Leistungen zur Teilhabe	28
§ 5 Leistungsgruppen	30
§ 6 Rehabilitationsträger	30
§ 7 Vorbehalt abweichender Regelungen	33
§ 8 Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten	35
Kapitel 2. Einleitung der Rehabilitation von Amts wegen	40
§ 9 Vorrangige Prüfung von Leistungen zur Teilhabe	40
§ 10 Sicherung der Erwerbsfähigkeit	42
§ 11 Förderung von Modellvorhaben zur Stärkung der Rehabilitation, Verordnungsermächtigung	44
Kapitel 3. Erkennung und Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs	45
§ 12 Maßnahmen zur Unterstützung der frühzeitigen Bedarfserkennung	45
§ 13 Instrumente zur Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs	48
Kapitel 4. Koordinierung der Leistungen	50
§ 14 Leistender Rehabilitationsträger	50
§ 15 Leistungsverantwortung bei Mehrheit von Rehabilitationsträgern	55
§ 16 Erstattungsansprüche zwischen Rehabilitationsträgern	59
§ 17 Begutachtung	63
§ 18 Erstattung selbstbeschaffter Leistungen	66
§ 19 Teilhabeplan	71

Inhaltsverzeichnis

§ 20 Teilhabekonferenz	75
§ 21 Besondere Anforderungen an das Teilhabeplanverfahren	77
§ 22 Einbeziehung anderer öffentlicher Stellen	77
§ 23 Verantwortliche Stelle für den Sozialdatenschutz	79
§ 24 Vorläufige Leistungen	80
Kapitel 5. Zusammenarbeit	81
§ 25 Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger	81
§ 26 Gemeinsame Empfehlungen	83
§ 27 Verordnungsermächtigung	86
Kapitel 6. Leistungsformen, Beratung	86
Abschnitt 1. Leistungsformen	86
§ 28 Ausführung von Leistungen	86
§ 29 Persönliches Budget	88
§ 30 Verordnungsermächtigung	92
§ 31 Leistungsort	93
Abschnitt 2. Beratung	95
§ 32 Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung; Verordnungsermächtigung	95
§ 33 Pflichten der Personensorgeberechtigten	98
§ 34 Sicherung der Beratung von Menschen mit Behinderungen	100
§ 35 Landesärzte	101
Kapitel 7. Struktur, Qualitätssicherung, Gewaltschutz und Verträge	102
§ 36 Rehabilitationsdienste und -einrichtungen	102
§ 36a Zuschuss zu Kosten für Erdgas, Wärme und andere Brennstoffe sowie Strom; Verordnungsermächtigung	105
§ 37 Qualitätssicherung, Zertifizierung	106
§ 37a Gewaltschutz	111
§ 38 Verträge mit Leistungserbringern	111
Kapitel 8. Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation	116
§ 39 Aufgaben	116
§ 40 Rechtsaufsicht	117
§ 41 Teilhabeverfahrensbericht	118
Kapitel 9. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	120
§ 42 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	120
§ 43 Krankenbehandlung und Rehabilitation	127
§ 44 Stufenweise Wiedereingliederung	128
§ 45 Förderung der Selbsthilfe	131
§ 46 Früherkennung und Frühförderung	132
§ 47 Hilfsmittel	138
§ 47a Digitale Gesundheitsanwendungen	143
§ 48 Verordnungsermächtigungen	144
Kapitel 10. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	144
§ 49 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung	144
§ 50 Leistungen an Arbeitgeber	157
§ 51 Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation	162
§ 52 Rechtsstellung der Teilnehmenden	165
§ 53 Dauer von Leistungen	167
§ 54 Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit	169
§ 55 Unterstützte Beschäftigung	170
§ 56 Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen	175
§ 57 Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich	176
§ 58 Leistungen im Arbeitsbereich	179
§ 59 Arbeitsförderungsgeld	183

§ 60 Andere Leistungsanbieter	184
§ 61 Budget für Arbeit	187
§ 61a Budget für Ausbildung	189
§ 62 Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen	192
§ 63 Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen	192
Kapitel 11. Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen	194
§ 64 Ergänzende Leistungen	194
§ 65 Leistungen zum Lebensunterhalt	200
§ 66 Höhe und Berechnung des Übergangsgelds	203
§ 67 Berechnung des Regelentgelts	208
§ 68 Berechnungsgrundlage in Sonderfällen	215
§ 69 Kontinuität der Bemessungsgrundlage	219
§ 70 Anpassung der Entgeltersatzleistungen	221
§ 71 Weiterzahlung der Leistungen	222
§ 72 Einkommensanrechnung	229
§ 73 Reisekosten	234
§ 74 Haushalts- oder Betriebshilfe und Kinderbetreuungskosten	239
Kapitel 12. Leistungen zur Teilhabe an Bildung	246
§ 75 Leistungen zur Teilhabe an Bildung	246
Kapitel 13. Soziale Teilhabe	252
§ 76 Leistungen zur Sozialen Teilhabe	252
§ 77 Leistungen für Wohnraum	257
§ 78 Assistenzleistungen	259
§ 79 Heilpädagogische Leistungen	263
§ 80 Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie	266
§ 81 Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten	267
§ 82 Leistungen zur Förderung der Verständigung	269
§ 83 Leistungen zur Mobilität	271
§ 84 Hilfsmittel	273
Kapitel 14. Beteiligung der Verbände und Träger	275
§ 85 Klagerecht der Verbände	275
§ 86 Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen	276
§ 87 Verfahren des Beirats	280
§ 88 Berichte über die Lage von Menschen mit Behinderungen und die Entwicklung ihrer Teilhabe	281
§ 89 Verordnungsermächtigung	282
Teil 2. Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht)	282
Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften	282
§ 90 Aufgabe der Eingliederungshilfe	282
§ 91 Nachrang der Eingliederungshilfe	287
§ 92 Beitrag	294
§ 93 Verhältnis zu anderen Rechtsbereichen	294
§ 94 Aufgaben der Länder	298
§ 95 Sicherstellungsauftrag	301
§ 96 Zusammenarbeit	304
§ 97 Fachkräfte	306
§ 98 Örtliche Zuständigkeit	308
Kapitel 2. Grundsätze der Leistungen	313
§ 99 Leistungsberechtigung, Verordnungsermächtigung	313
§ 100 Eingliederungshilfe für Ausländer	317
§ 101 Eingliederungshilfe für Deutsche im Ausland	325

Inhaltsverzeichnis

§ 102 Leistungen der Eingliederungshilfe	329
§ 103 Regelung für Menschen mit Behinderungen und Pflegebedarf	330
§ 104 Leistungen nach der Besonderheit des Einzelfalles	335
§ 105 Leistungsformen	342
§ 106 Beratung und Unterstützung	344
§ 107 Übertragung, Verpfändung oder Pfändung, Auswahlermessen	348
§ 108 Antragerfordernis	349
Kapitel 3. Medizinische Rehabilitation	351
§ 109 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	351
§ 110 Leistungserbringung	355
Kapitel 4. Teilhabe am Arbeitsleben	357
§ 111 Leistungen zur Beschäftigung	357
Kapitel 5. Teilhabe an Bildung	361
§ 112 Leistungen zur Teilhabe an Bildung	360
Kapitel 6. Soziale Teilhabe	367
§ 113 Leistungen zur Sozialen Teilhabe	367
§ 114 Leistungen zur Mobilität	372
§ 115 Besuchsbeihilfen	374
§ 116 Pauschale Geldleistung, gemeinsame Inanspruchnahme	375
Kapitel 7. Gesamtplanung	378
§ 117 Gesamtplanverfahren	378
§ 118 Instrumente der Bedarfsermittlung	384
§ 119 Gesamtplankonferenz	386
§ 120 Feststellung der Leistungen	390
§ 121 Gesamtplan	393
§ 122 Teilhabezielvereinbarung	397
Kapitel 8. Vertragsrecht	398
§ 123 Allgemeine Grundsätze	398
§ 124 Geeignete Leistungserbringer	408
§ 125 Inhalt der schriftlichen Vereinbarung	412
§ 126 Verfahren und Inkrafttreten der Vereinbarung	416
§ 127 Verbindlichkeit der vereinbarten Vergütung	420
§ 128 Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung	423
§ 129 Kürzung der Vergütung	427
§ 130 Außerordentliche Kündigung der Vereinbarungen	429
§ 131 Rahmenverträge zur Erbringung von Leistungen	432
§ 132 Abweichende Zielvereinbarungen	437
§ 133 Schiedsstelle	439
§ 134 Sonderregelung zum Inhalt der Vereinbarungen zur Erbringung von Leistungen für minderjährige Leistungsberechtigte und in Sonderfällen	444
Kapitel 9. Einkommen und Vermögen	447
§ 135 Begriff des Einkommens	447
§ 136 Beitrag aus Einkommen zu den Aufwendungen	452
§ 137 Höhe des Beitrages zu den Aufwendungen	456
§ 138 Besondere Höhe des Beitrages zu den Aufwendungen	458
§ 139 Begriff des Vermögens	461
§ 140 Einsatz des Vermögens	470
§ 141 Übergang von Ansprüchen	472
§ 142 Sonderregelungen für minderjährige Leistungsberechtigte und in Sonderfällen	476
Kapitel 10. Statistik	478
§ 143 Bundesstatistik	478

§ 144 Erhebungsmerkmale	479
§ 145 Hilfsmerkmale	480
§ 146 Periodizität und Berichtszeitraum	480
§ 147 Auskunftspflicht	480
§ 148 Übermittlung, Veröffentlichung	481
Kapitel 11. Übergangs- und Schlussbestimmungen	481
§ 149 Übergangsregelung für ambulant Betreute	481
§ 150 Übergangsregelung zum Einsatz des Einkommens	482
§ 150a Übergangsregelung für Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthaltstitel nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes oder mit entsprechender Fiktionsbescheinigung	483
Teil 3. Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)	485
Kapitel 1. Geschützter Personenkreis	485
§ 151 Geltungsbereich	485
§ 152 Feststellung der Behinderung, Ausweise	493
§ 153 Verordnungsermächtigung	512
§ 153a Sachverständigenbeirat, Verfahren	515
Kapitel 2. Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber	517
§ 154 Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen	517
§ 155 Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen	522
§ 156 Begriff des Arbeitsplatzes	525
§ 157 Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl ...	530
§ 158 Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen	533
§ 159 Mehrfachanrechnung	538
§ 160 Ausgleichsabgabe	542
§ 161 Ausgleichsfonds	557
§ 162 Verordnungsermächtigungen	559
Kapitel 3. Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen ..	564
§ 163 Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern	564
§ 164 Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen	573
§ 165 Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber	594
§ 166 Inklusionsvereinbarung	601
§ 167 Prävention	607
Kapitel 4. Kündigungsschutz	622
§ 168 Erfordernis der Zustimmung	622
§ 169 Kündigungsfrist	654
§ 170 Antragsverfahren	657
§ 171 Entscheidung des Integrationsamtes	663
§ 172 Einschränkungen der Ermessensentscheidung	669
§ 173 Ausnahmen	681
§ 174 Außerordentliche Kündigung	691
§ 175 Erweiterter Beendigungsschutz	708
Kapitel 5. Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	712
§ 176 Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates	712
§ 177 Wahl und Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung	717
§ 178 Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung	736
§ 179 Persönliche Rechte und Pflichten der Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen	755
§ 180 Konzern-, Gesamt-, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung	770

Inhaltsverzeichnis

§ 181 Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	778
§ 182 Zusammenarbeit	780
§ 183 Verordnungsermächtigung	781
Kapitel 6. Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	782
§ 184 Zusammenarbeit der Integrationsämter und der Bundesagentur für Arbeit	782
§ 185 Aufgaben des Integrationsamtes	786
§ 185a Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber	802
§ 186 Beratender Ausschuss für behinderte Menschen bei dem Integrationsamt	803
§ 187 Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit	805
§ 188 Beratender Ausschuss für behinderte Menschen bei der Bundesagentur für Arbeit ..	817
§ 189 Gemeinsame Vorschriften	821
§ 190 Übertragung von Aufgaben	825
§ 191 Verordnungsermächtigung	826
Kapitel 7. Integrationsfachdienste	827
§ 192 Begriff und Personenkreis	827
§ 193 Aufgaben	831
§ 194 Beauftragung und Verantwortlichkeit	835
§ 195 Fachliche Anforderungen	838
§ 196 Finanzielle Leistungen	841
§ 197 Ergebnisbeobachtung	843
§ 198 Verordnungsermächtigung	845
Kapitel 8. Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen	846
§ 199 Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	846
§ 200 Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen	851
Kapitel 9. Widerspruchsverfahren	855
§ 201 Widerspruch	855
§ 202 Widerspruchsausschuss bei dem Integrationsamt	870
§ 203 Widerspruchsausschüsse der Bundesagentur für Arbeit	876
§ 204 Verfahrensvorschriften	880
Kapitel 10. Sonstige Vorschriften	884
§ 205 Vorrang der schwerbehinderten Menschen	884
§ 206 Arbeitsentgelt und Dienstbezüge	887
§ 207 Mehrarbeit	892
§ 208 Zusatzurlaub	894
§ 209 Nachteilsausgleich	904
§ 210 Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit	906
Kapitel 11. Inklusionsbetriebe	914
§ 211 Schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten	914
§ 212 Unabhängige Tätigkeit	921
§ 213 Geheimhaltungspflicht	923
§ 214 Statistik	927
§ 215 Begriff und Personenkreis	929
§ 216 Aufgaben	934
§ 217 Finanzielle Leistungen	936
§ 218 Verordnungsermächtigung	940
Kapitel 12. Werkstätten für behinderte Menschen	941
§ 219 Begriff und Aufgaben der Werkstatt für behinderte Menschen	941
§ 220 Aufnahme in die Werkstätten für behinderte Menschen	946

§ 221 Rechtsstellung und Arbeitsentgelt behinderter Menschen	951
§ 222 Mitbestimmung, Mitwirkung, Frauenbeauftragte	961
§ 223 Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe	966
§ 224 Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand	969
§ 225 Anerkennungsverfahren	973
§ 226 Blindenwerkstätten	976
§ 227 Verordnungsermächtigungen	977

Kapitel 13. Unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr 979

§ 228 Unentgeltliche Beförderung, Anspruch auf Erstattung der Fahrgeldausfälle	979
§ 229 Persönliche Voraussetzungen	986
§ 230 Nah- und Fernverkehr	989
§ 231 Erstattung der Fahrgeldausfälle im Nahverkehr	995
§ 232 Erstattung der Fahrgeldausfälle im Fernverkehr	998
§ 233 Erstattungsverfahren	999
§ 234 Kostentragung	1002
§ 235 Einnahmen aus Wertmarken	1003
§ 236 Erfassung der Ausweise	1004
§ 237 Verordnungsermächtigungen	1005

Kapitel 14. Straf-, Bußgeld- und Schlussvorschriften 1006

§ 237a Strafvorschriften	1006
§ 237b Strafvorschriften	1008
§ 238 Bußgeldvorschriften	1010
§ 239 Stadtstaatenklausel	1021
§ 240 Sonderregelung für den Bundesnachrichtendienst und den Militärischen Abschirmdienst	1022
§ 241 Übergangsregelung	1023

2. Gesetz über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr

Art. 1 Änderung des Schwerbehindertengesetzes	1027
Art. 2 Besitzstand	1028

3. Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz – BGG)

Abschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen 1031

§ 1 Ziel und Verantwortung der Träger öffentlicher Gewalt	1031
§ 2 Frauen mit Behinderungen; Benachteiligung wegen mehrerer Gründe	1034
§ 3 Menschen mit Behinderungen	1036
§ 4 Barrierefreiheit	1036
§ 5 Zielvereinbarungen	1037
§ 6 Gebärdensprache und Kommunikation von Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen	1041

Abschnitt 2. Verpflichtung zur Gleichstellung und Barrierefreiheit 1042

§ 7 Benachteiligungsverbot für Träger öffentlicher Gewalt	1042
§ 8 Herstellung von Barrierefreiheit in den Bereichen Bau und Verkehr	1045
§ 9 Recht auf Verwendung von Gebärdensprache und anderen Kommunikationshilfen ..	1047
§ 10 Gestaltung von Bescheiden und Vordrucken	1049
§ 11 Verständlichkeit und Leichte Sprache	1050

Abschnitt 2a. Barrierefreie Informationstechnik öffentlicher Stellen des Bundes 1053

§ 12 Öffentliche Stellen des Bundes	1053
---	------

Inhaltsverzeichnis

§ 12a Barrierefreie Informationstechnik	1054
§ 12b Erklärung zur Barrierefreiheit	1057
§ 12c Berichterstattung über den Stand der Barrierefreiheit	1059
§ 12d Verordnungsermächtigung	1060
Abschnitt 2b. Assistenzhunde	1061
§ 12e Menschen mit Behinderungen in Begleitung durch Assistenzhunde	1061
§ 12f Ausbildung von Assistenzhunden	1065
§ 12g Prüfung von Assistenzhunden und der Mensch-Assistenzhund-Gemeinschaft	1067
§ 12h Haltung von Assistenzhunden	1068
§ 12i Zulassung einer Ausbildungsstätte für Assistenzhunde	1069
§ 12j Fachliche Stelle und Prüfer	1071
§ 12k Studie zur Untersuchung	1072
§ 12l Verordnungsermächtigung	1072
Abschnitt 3. Bundesfachstelle für Barrierefreiheit	1074
§ 13 Bundesfachstelle für Barrierefreiheit	1074
Abschnitt 4. Rechtsbehelfe	1076
§ 14 Vertretungsbefugnisse in verwaltungs- oder sozialrechtlichen Verfahren	1076
§ 15 Verbandsklagerecht	1078
§ 16 Schlichtungsstelle und -verfahren; Verordnungsermächtigung	1081
Abschnitt 5. Beauftragte oder Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen	1085
§ 17 Amt der oder des Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen ...	1085
§ 18 Aufgabe und Befugnisse	1085
§ 19 Förderung der Partizipation	1087
4. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	
Abschnitt 1. Allgemeiner Teil	1089
§ 1 Ziel des Gesetzes	1089
§ 2 Anwendungsbereich	1089
§ 3 Begriffsbestimmungen	1090
§ 4 Unterschiedliche Behandlung wegen mehrerer Gründe	1090
§ 5 Positive Maßnahmen	1090
Abschnitt 2. Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung	1091
Unterabschnitt 1. Verbot der Benachteiligung	1091
§ 6 Persönlicher Anwendungsbereich	1091
§ 7 Benachteiligungsverbot	1091
§ 8 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen	1091
§ 9 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung	1091
§ 10 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen des Alters	1092
Unterabschnitt 2. Organisationspflichten des Arbeitgebers	1092
§ 11 Ausschreibung	1092
§ 12 Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers	1093
Unterabschnitt 3. Rechte der Beschäftigten	1093
§ 13 Beschwerderecht	1093
§ 14 Leistungsverweigerungsrecht	1093
§ 15 Entschädigung und Schadensersatz	1093
§ 16 Maßregelungsverbot	1094

Unterabschnitt 4. Ergänzende Vorschriften	1094
§ 17 Soziale Verantwortung der Beteiligten	1094
§ 18 Mitgliedschaft in Vereinigungen	1094
Abschnitt 3. Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr	1095
§ 19 Zivilrechtliches Benachteiligungsverbot	1095
§ 20 Zulässige unterschiedliche Behandlung	1095
§ 21 Ansprüche	1096
Abschnitt 4. Rechtsschutz	1096
§ 22 Beweislast	1096
§ 23 Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände	1096
Abschnitt 5. Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	1097
§ 24 Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	1097
Abschnitt 6. Antidiskriminierungsstelle des Bundes und Unabhängige Bundesbeauftragte oder Unabhängiger Bundesbeauftragter für Antidiskriminierung	1097
§ 25 Antidiskriminierungsstelle des Bundes	1097
§ 26 Wahl der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Anforderungen	1097
§ 26a Rechtsstellung der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	1098
§ 26b Amtszeit der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung ..	1098
§ 26c Beginn und Ende des Amtsverhältnisses der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Amtseid	1098
§ 26d Unerlaubte Handlungen und Tätigkeiten der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	1099
§ 26e Verschwiegenheitspflicht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	1099
§ 26f Zeugnisverweigerungsrecht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	1099
§ 26g Anspruch der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung auf Amtsbezüge, Versorgung und auf andere Leistungen	1100
§ 26h Verwendung der Geschenke an die Unabhängige Bundesbeauftragte oder den Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	1100
§ 26i Berufsbeschränkung	1100
§ 27 Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes	1101
§ 28 Amtsbefugnisse der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung und Pflicht zur Unterstützung durch Bundesbehörden und öffentliche Stellen des Bundes	1102
§ 29 Zusammenarbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Einrichtungen	1102
§ 30 Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes	1102
Abschnitt 7. Schlussvorschriften	1103
§ 31 Unabdingbarkeit	1103
§ 32 Schlussbestimmung	1103
§ 33 Übergangsbestimmungen	1103

5. Durchführungsverordnungen

a) Wahlordnung Schwerbehindertenvertretungen (SchwbVVO)	1105
Erster Teil. Wahl der Schwerbehindertenvertretung in Betrieben und Dienststellen	1105
Erster Abschnitt. Vorbereitung der Wahl	1105
§ 1 Bestellung des Wahlvorstandes	1105

Inhaltsverzeichnis

§ 2 Aufgaben des Wahlvorstandes	1107
§ 3 Liste der Wahlberechtigten	1109
§ 4 Einspruch gegen die Liste der Wahlberechtigten	1110
§ 5 Wahlausschreiben	1111
§ 6 Wahlvorschläge	1112
§ 7 Nachfrist für Wahlvorschläge	1114
§ 8 Bekanntmachung der Bewerber und Bewerberinnen	1115
Zweiter Abschnitt. Durchführung der Wahl	1115
§ 9 Stimmabgabe	1115
§ 10 Wahlvorgang	1117
§ 11 Schriftliche Stimmabgabe	1118
§ 12 Behandlung der schriftlich abgegebenen Stimmen	1119
§ 13 Feststellung des Wahlergebnisses	1120
§ 14 Benachrichtigung der Gewählten und Annahme der Wahl	1121
§ 15 Bekanntmachung der Gewählten	1122
§ 16 Aufbewahrung der Wahlunterlagen	1122
§ 17 Nachwahl des stellvertretenden Mitglieds	1123
Dritter Abschnitt. Vereinfachtes Wahlverfahren	1123
§ 18 Voraussetzungen	1123
§ 19 Vorbereitung der Wahl	1124
§ 20 Durchführung der Wahl	1125
§ 21 Nachwahl des stellvertretenden Mitglieds	1126
Zweiter Teil. Wahl der Konzern-, Gesamt-, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung in Betrieben und Dienststellen	1127
§ 22 Wahlverfahren	1127
Dritter Teil. Wahl der Schwerbehindertenvertretung, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung der schwerbehinderten Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	1128
§ 23 Wahlverfahren	1128
Vierter Teil. Wahl der Schwerbehindertenvertretung, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung der schwerbehinderten Richter und Richterinnen	1129
§ 24 Vorbereitung der Wahl der Schwerbehindertenvertretung der Richter und Richterinnen	1129
§ 25 Durchführung der Wahl	1130
§ 26 Nachwahl des stellvertretenden Mitglieds	1130
§ 27 Wahl der Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung der schwerbehinderten Richter und Richterinnen	1130
Fünfter Teil. Schlußvorschriften	1131
§ 28 (aufgehoben)	1131
§ 29 (Inkrafttreten)	1131
 b) Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung – SchwBdAV	
Erster Abschnitt. (weggefallen)	1131
§§ 1–13	1132
Zweiter Abschnitt. Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben aus Mitteln der Ausgleichsabgabe durch die Integrationsämter	1132
§ 14 Verwendungszwecke	1132

1. Unterabschnitt. Leistungen zur Förderung des Arbeits- und Ausbildungsplatzangebots für schwerbehinderte Menschen	1134
§ 15 Leistungen an Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen	1134
§ 16 Arbeitsmarktprogramme für schwerbehinderte Menschen	1135
2. Unterabschnitt. Leistungen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben	1136
§ 17 Leistungsarten	1136
§ 18 Leistungsvoraussetzungen	1137
I. Leistungen an schwerbehinderte Menschen	
§ 19 Technische Arbeitshilfen	1139
§ 20 Hilfen zum Erreichen des Arbeitsplatzes	1140
§ 21 Hilfen zur Gründung und Erhaltung einer selbständigen beruflichen Existenz	1140
§ 22 Hilfen zur Beschaffung, Ausstattung und Erhaltung einer behinderungsgerechten Wohnung	1142
§ 23	1143
§ 24 Hilfen zur Teilnahme an Maßnahmen zur Erhaltung und Erweiterung beruflicher Kenntnisse und Fertigkeiten	1143
§ 25 Hilfen in besonderen Lebenslagen	1144
II. Leistungen an Arbeitgeber	
§ 26 Leistungen zur behinderungsgerechten Einrichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen	1145
§ 26a Zuschüsse zu den Gebühren bei der Berufsausbildung besonders betroffener schwerbehinderter Jugendlicher und junger Erwachsener	1146
§ 26b Prämien und Zuschüsse zu den Kosten der Berufsausbildung behinderter Jugendlicher und junger Erwachsener	1146
§ 26c Prämien zur Einführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements	1147
§ 27 Leistungen bei außergewöhnlichen Belastungen	1147
III. Sonstige Leistungen	
§ 27a Leistungen an Integrationsfachdienste	1149
§ 28 Leistungen zur Durchführung der psychosozialen Betreuung schwerbehinderter Menschen	1149
§ 28a Leistungen an Inklusionsbetriebe	1152
§ 29 Leistungen zur Durchführung von Aufklärungs-, Schulungs- und Bildungsmaßnahmen	1153
3. Unterabschnitt. Leistungen für Einrichtungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben	1154
§ 30 Förderungsfähige Leistungen	1154
§ 31 Förderungsvoraussetzungen	1155
§ 32 Förderungsgrundsätze	1157
§ 33 Art und Höhe der Leistungen	1158
§ 34 Tilgung und Verzinsung von Darlehen	1158
Dritter Abschnitt. Ausgleichsfonds	1158
1. Unterabschnitt. Gestaltung des Ausgleichsfonds	1158
§ 35 Rechtsform	1158
§ 36 Weiterleitung der Mittel an den Ausgleichsfonds	1159
§ 37 Anwendung der Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung	1159
§ 38 Aufstellung eines Wirtschaftsplans	1160
§ 39 Feststellung des Wirtschaftsplans	1160
§ 40 Ausführung des Wirtschaftsplans	1160

Inhaltsverzeichnis

2. Unterabschnitt. Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben aus Mitteln des Ausgleichsfonds	1161
§ 41 Verwendungszwecke	1161
3. Unterabschnitt. Verfahren zur Vergabe der Mittel des Ausgleichsfonds	1162
§ 42 Anmeldeverfahren und Anträge	1162
§ 43 Vorschlagsrecht des Beirats	1163
§ 44 Entscheidung	1163
§ 45 Vorhaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	1163
Vierter Abschnitt. Schlussvorschriften	1164
§ 46 Übergangsvorschrift	1164
§ 47 Inkrafttreten, Außerkrafttreten	1164

c) Werkstättenverordnung (WVO)

Erster Abschnitt. Fachliche Anforderungen an die Werkstatt für behinderte Menschen	1165
§ 1 Grundsatz der einheitlichen Werkstatt	1165
§ 2 Fachausschuß	1166
§ 3 Eingangsverfahren	1168
§ 4 Berufsbildungsbereich	1170
§ 5 Arbeitsbereich	1173
§ 6 Beschäftigungszeit	1175
§ 7 Größe der Werkstatt	1176
§ 8 Bauliche Gestaltung, Ausstattung, Standort	1176
§ 9 Werkstattleiter, Fachpersonal zur Arbeits- und Berufsförderung	1177
§ 10 Begleitende Dienste	1179
§ 11 Fortbildung	1181
§ 12 Wirtschaftsführung	1181
§ 13 Abschluss von schriftlichen Verträgen	1184
§ 14 Mitbestimmung, Mitwirkung, Frauenbeauftragte	1186
§ 15 Werkstattverbund	1187
§ 16 Formen der Werkstatt	1187
Zweiter Abschnitt. Verfahren zur Anerkennung als WfbM	1188
§ 17 Anerkennungsfähige Einrichtungen	1188
§ 18 Antrag	1189
Dritter Abschnitt. Schlußvorschriften	1190
§ 19 Vorläufige Anerkennung	1190
§ 20 (aufgehoben)	1190
§ 21 Inkrafttreten	1190

d) Werkstätten-Mitwirkungsverordnung – WMVO

Abschnitt 1. Anwendungsbereich, Errichtung, Zusammensetzung und Aufgaben des Werkstatttrats	1191
§ 1 Anwendungsbereich	1191
§ 2 Errichtung von Werkstattträten	1192
§ 3 Zahl der Mitglieder des Werkstatttrats	1192
§ 4 Allgemeine Aufgaben des Werkstatttrats	1193
§ 5 Mitwirkung und Mitbestimmung	1196
§ 6 Vermittlungsstelle	1199
§ 7 Unterrichtsrechte des Werkstatttrats	1201
§ 8 Zusammenarbeit	1202
§ 9 Werkstattversammlung	1202

Abschnitt 2. Wahl des Werkstattrats	1202
Unterabschnitt 1. Wahlberechtigung und Wählbarkeit; Zeitpunkt der Wahlen	1202
§ 10 Wahlberechtigung	1202
§ 11 Wählbarkeit	1203
§ 12 Zeitpunkt der Wahlen zum Werkstatttrat	1203
Unterabschnitt 2. Vorbereitung der Wahl	1204
§ 13 Bestellung des Wahlvorstandes	1204
§ 14 Aufgaben des Wahlvorstandes	1204
§ 15 Erstellung der Liste der Wahlberechtigten	1206
§ 16 Bekanntmachung der Liste der Wahlberechtigten	1206
§ 17 Einspruch gegen die Liste der Wahlberechtigten	1206
§ 18 Wahlausschreiben	1207
§ 19 Wahlvorschläge	1208
§ 20 Bekanntmachung der Bewerber und Bewerberinnen	1208
Unterabschnitt 3. Durchführung der Wahl	1208
§ 21 Stimmabgabe	1208
§ 22 Wahlvorgang	1210
§ 23 Feststellung des Wahlergebnisses	1211
§ 24 Benachrichtigung der Gewählten und Annahme der Wahl	1211
§ 25 Bekanntmachung der Gewählten	1211
§ 26 Aufbewahrung der Wahlunterlagen	1212
§ 27 Wahlanfechtung	1212
§ 28 Wahlschutz und Wahlkosten	1212
Abschnitt 3. Amtszeit des Werkstattrats	1213
§ 29 Amtszeit des Werkstattrats	1213
§ 30 Erlöschen der Mitgliedschaft im Werkstatttrat; Ersatzmitglieder	1213
Abschnitt 4. Geschäftsführung des Werkstattrats	1214
§ 31 Vorsitz des Werkstattrats	1214
§ 32 Einberufung der Sitzungen	1215
§ 33 Sitzungen des Werkstattrats	1216
§ 34 Beschlüsse des Werkstattrats	1217
§ 35 Sitzungsniederschrift	1218
§ 36 Geschäftsordnung des Werkstattrats	1219
§ 37 Persönliche Rechte und Pflichten der Mitglieder des Werkstattrats	1219
§ 38 Sprechstunden	1221
§ 39 Kosten und Sachaufwand des Werkstattrats	1221
Abschnitt 4a Frauenbeauftragte und Stellvertreterinnen	1223
§ 39a Aufgaben und Rechtsstellung	1223
§ 39b Wahlen und Amtszeit	1224
§ 39c Vorzeitiges Ausscheiden	1225
Abschnitt 5. Schlussvorschriften	1226
§ 40 Amtszeit der bestehenden Werkstattträte	1226
§ 40a (aufgehoben)	1226
§ 40b (aufgehoben)	1226
§ 41 Inkrafttreten	1227
e) Schwerbehindertenausweisverordnung	1227
Erster Abschnitt. Ausweis für schwerbehinderte Menschen	1227
§ 1 Gestaltung des Ausweises	1227
§ 2 Zugehörigkeit zu Sondergruppen	1229

Inhaltsverzeichnis

§ 3 Weitere Merkzeichen	1231
§ 3a Beiblatt	1235
§ 4 Sonstige Eintragungen	1236
§ 5 Lichtbild	1236
§ 6 Gültigkeitsdauer	1237
§ 7 Verwaltungsverfahren	1239
Zweiter Abschnitt. Ausweis für sonstige Personen zur unentgeltlichen Beförderung im öffentlichen Personenverkehr	1239
§ 8 Ausweis für sonstige freifahrtberechtigte Personen	1239
Dritter Abschnitt. Übergangsregelung	1240
§ 9 Übergangsregelung	1240
Sachverzeichnis	1241


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG